

„Ampel-Gesetze nicht die Nulllinie“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei (CDU), will etliche Ampel-Gesetze bei Machtübernahme rückabwickeln.

Herr Frei, der Verteidigungsminister hat eine Wehrpflicht nach schwedischem Modell angeregt. Dort werden alle jungen Frauen und Männer gemustert, nur ein kleiner Teil wird ausgewählt. Was halten Sie davon?

Thorsten Frei: Ich empfehle, sich mit der Idee näher zu beschäftigen. Es könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein – unter wehr- aber auch gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten. Wir als Union plädieren in unserem neuen Grundsatzprogramm für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das einen wichtigen Beitrag zur Identifikation mit der Gesellschaft leisten soll und vielen helfen kann, sich besser zu integrieren. Die Wehrpflicht wäre kein Widerspruch dazu, sondern eine mögliche Ergänzung. Im Übrigen steht sie ja weiter in der Verfassung, ist nur ausgesetzt.

Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden

Glauben Sie auch, dass wir „kriegstüchtig“ werden müssen?

Frei: Ganz ausdrücklich ja. Es ist gut, dass der Verteidigungsminister diese Wahrheiten so klar und deutlich ausspricht. Bei weiten Teilen der Ampel ist die proklamierte Zeitenwende leider nicht viel mehr als eine hohle Phrase. Da haben wir in zwei Jahren kaum Fortschritte gemacht. Unsere Partner erwarten von uns, dass wir entlang unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Größe auch einen aktiven Beitrag zur Sicherheit Europas und der Nato leisten. Wir müssen in der Lage sein, uns und unsere Partner zu verteidigen. Derzeit sind wir das

nicht. Der Wehretat war seit den 1990er-Jahren geradezu ein Steinbruch für alle möglichen anderen politischen Aufgaben.

Würden Sie bei einem Regierungswechsel sofort das 2-Prozent-Ziel der Nato, finanziert aus dem Etat einhalten? Das wären rund 25 Milliarden Euro mehr.

Frei: Das ist richtig. Das würde bedeuten, dass wir von den aktuell etwa 50 Milliarden Euro auf etwa 75 Milliarden hochgehen. Ich halte das für absolut zwingend und notwendig. Wir haben mit der Bundesregierung das 100 Milliarden Euro Sondervermögen ja deshalb vereinbart, weil auch wir einsehen, dass man nicht von einem Jahr aufs andere den Wehretat von 50 auf 75 Milliarden Euro ausweiten kann. Doch begleitend dazu hätte man den Etat jedes Jahr um fünf Milliarden Euro anwachsen lassen müssen. Das geschieht nicht. Die Zeitenwende bleibt aus, es wird im Gegenteil weiter gewurstelt wie gehabt. Es wird lieber ein aus der Zeit gefallener Koalitionsvertrag abgearbeitet.

Im neuen CDU-Grundsatzprogramm steht auch ein Bekenntnis zur deutschen Leitkultur. Wie definieren Sie die?

Frei: Die deutsche Leitkultur wird nicht vollständig, aber im Wesentlichen durch unsere Verfassung abgebildet. Wir haben einen Rechtsstaat. Das Recht, nicht nur das Verfassungsrecht, gilt. Daran hat sich jeder zu halten. Zur Leitkultur gehört damit, dass Männer und Frauen gleich zu behandeln sind, dass wir Religionsfreiheit haben, dass religiöse Rechtsauffassungen nicht über den Gesetzen stehen.

Friedrich Merz sagte, dass der Kauf eines Weihnachtsbaums für ihn zur Leitkultur gehöre. Ist das nicht ein sehr enges Verständnis? Sie beschreiben eher Prinzipien.

Frei: Wir sind ein freies Land und jeder kann im Rahmen der Gesetze so leben, wie er das für richtig und für wünschenswert hält. Wir müssen uns aber schon klar darüber werden, was unsere Gesellschaft am Ende zusammenhält.

Die jüngsten Demos gegen Israel haben Integrationsdefizite offenbart. Nun hat die Bundesregierung ein neues Staatsbürgerschaftsrecht geeint. Man kann künftig nach fünf, unter Umständen nach drei Jahren Deutscher werden. Was wird es bewirken?

Frei: Das sind keine guten Signale, weil sie deutlich machen, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nicht der Schlusspunkt einer gelungenen Integration ist, sondern bereits auf dem Weg dahin erteilt wird. Mit der bedingungslosen Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft werden sehr viele Probleme von außerhalb ins Land getragen. Ich glaube auch nicht, dass es die Akzeptanz in der Bevölkerung befördert, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, wenn man im Grunde genommen sicher sein muss, dass das geradezu zwangsläufig in sehr kurzer Zeit dann auch zur deutschen Staatsangehörigkeit führt.

Kein Bestandsschutz für Staatsbürgerschaftsrecht

Wenn wieder die Union regiert, gibt es dann Bestandsschutz für dieses Staatsbürgerschaftsrecht?

Frei: Wer die Staatsbürgerschaft

hat, der hat sie, das ist selbstverständlich. Aber für dieses Gesetz gibt es natürlich keinen Bestandschutz. Generell ist die aktuelle Gesetzeslage bei einer Regierungsübernahme von CDU und CSU nicht die Nulllinie, von der wir ausgehen. Das Staatsangehö-

rigkeitsrecht, so wie es die Ampel plant, ist zum Schaden unseres Landes und deswegen würden wir das sehr schnell rückabwickeln.

Auf den alten Stand? Also Einbürgerung wieder nach acht, frühestens nach fünf Jahren? Abkehr

vom neuen Prinzip des Doppelpasses?

Frei: Das aktuelle Staatsbürgerschaftsrecht hat sich grundsätzlich bewährt.

Interview: Thomas Vitzthum